Verkehrslughafen München;  
Errichtung einer First Class Lounge in der Ebene 7 des Terminal Ost

Anlagen: 1 Empfangsbestätigung – g. R. –  
1 Kostenrechnung mit Überweisungsträger  
Plananlagen

Auf Antrag der Flughafen München GmbH (FMG) vom 22.02.2005 erlässt die Regierung von Oberbayern – Luftamt Südbayern – gemäß § 8 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 27.03.1999 (BGBl. I S. 559) zum Planfeststellungsbeschluss vom 08.07.1979 Az. 315–F 98-1, zuletzt geändert durch 70. Änderungsbescheid vom 29.03.2005 Az 315.32-FM-98/0-70 folgenden

71. Änderungsbescheid – Plangenehmigung –

A. Verfügender Teil

Der Plan zur Erhöhung der für eine Baufläche höchstzugelassenen Bauhöhe von 18 m auf 30 m zur Errichtung einer First Class Lounge am Terminal 2 wird genehmigt.
I. Plan

Der Plan l-02c i. d. F. „Tektur zu Plan l-02c – Neuordnung Flugbetriebsfläche Ost - Passagierabfertigungsbereich Ost“ vom 22.01.2002

– Plan der baulichen Anlagen und Grünordnung –


II. Nebenbestimmungen, Hinweise

1. Im Bereich des Änderungsvorhabens sind für die Belange der Luftsicherheit folgende Räumlichkeiten vorzuhalten: Sonderkontrollraum, kombinierter Modulmanager-/Bereitschaftsraum einschließlich MiS-, FiS- und FSU-System, EGIS-Raum und Personaltöiletten.

Im Hinblick auf eine – zumindest optionale – zweite Kontrollstelle und eine zweite Gepäckprüfanlage hat sich die FMG mit den zuständigen Luftsicherheitsbehörden abzustimmen.


III. Kosten

1. Die FMG hat die Kosten dieses Verfahrens zu tragen.

B. Sachverhalt

I. Grundlage

Dieser Bescheid betrifft die teilweise Erhöhung der Baufläche am Terminal 2 des Verkehrsflughafens München von 18 m auf 30 m.

Die Erhöhung ist wegen der Errichtung einer First Class Lounge veranlasst.

II. Antrag

Mit Schreiben vom 22.02.2005 beantragte die FMG, die Auflage Nr. IV 5.6 im Planfeststellungsbeschluss um die folgende Zulassung zu ergänzen:

„– Bei der im Bereich des Abgangsbauwerks des Personentransportsystem-Bahnhofs auf dem Pier des Abfertigungsgebäudes Ost vorgesehenen Passagierabfertigungseinrichtung einschließlich ihrer Erschließungsanlagen (wie Aufzugstürme, Fluchttreppenhäuser) bis zu einer Gesamthöhe von 30 m."

Die FMG begründete den Antrag damit, dass die Deutsche Lufthansa AG zur Absicherung ihrer Marktstellung im sog. Premium-Reisegsegment ihr Topkunden-Programm auch am Verkehrsflughafen München beabsichtige anzubieten. Nachdem die Vorhabensplanung eine einheitliche Gebäudehöhe von ca. 29 m ausweise, werde im östlichen Bereich der Vorhabensfläche die für diesen Bereich festgesetzte Bauhöhenbegrenzung von 18 m um ca. 11 m überschritten.

Eine Inanspruchnahme von im Eigentum Dritter befindlicher Grundstücksflächen sei nicht erforderlich, im Übrigen sei das Vorhaben gerechtfertigt.

Das Vorhaben sei ohne Auswirkungen auf die Passagierabfertigungskapazität und das Luftverkehrsaufkommen am Verkehrsflughafen München; ebenfalls sei die Lufthygiene-Situation nicht betroffen. Eine weiträumige Einsehbarkeit sei nicht gegeben. Schutzgüter des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) seien nicht betroffen, das Vorhaben sei funktionsfähig. Zum Belang der Luftsicherheit seien die betroffenen öffentlichen Belange vorab mit den zuständigen Stellen abgestimmt worden.

Dem Antrag lagen Lagepläne und Ansichtspläne sowie entsprechende Erläuterungsberichte bei.
III. Verfahren

1. Die Regierung von Oberbayern – Luftsamt Südbayern – hat zu dem Antrag folgende Stellen angehört:

- Landratsamt Erding
- Gemeinde Oberding
- Luftsicherheitsstelle am Flughafen München
- Bundesgrenzschutzamt München
- Hauptzollamt München
- DFS Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS)
- Sicherheitsgesellschaft am Flughafen München (SGM)
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie


Die DFS erhob keine Einwendungen, wies jedoch darauf hin, dass evtl. zum Einsatz kommende Kräne gesondert zu beantragen seien.


Die Gemeinde Oberding erhob keine Einwendungen.

Das Landratsamt Erding forderte wegen der Höhenentwicklung des Flughafens eine ergänzende qualifizierte Eingriffsbewertung. Bauordnungsrechtliche Belange seien im Rahmen des bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahrens zu prüfen. Die städtebauliche Wirkung des Änderungsvorhabens sei jedoch teilweise nachteilig, da
das derzeitige Konzept einer Höhenstaffelung in West-Ost-Richtung vom Hauptgebäude (Halle) über den Pier zu den Fluggastbrücken aufgegeben werde.

Zum Verfahren wurde vorgeschlagen, den Plan „Bauliche Anlagen und Grünordnung“ fortzuschreiben anstatt die Auflage Nr. IV 5.6 des Planfeststellungsbeschlusses zu ändern.


Die Aktualisierungen wurden erneut dem Landratsamt Erding vorgelegt, das hiergegen keine Einwendungen mehr vorbrachte.


Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c Abs. 1 Satz 1 UVPG hat ergeben, dass das Änderungsvorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann. Somit handelt es sich bei dem Vorhaben um kein Vorhaben, für das nach dem UVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist (§ 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LuftVG).

Mit den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche berührt werden, wurde zumindest das Benehmen hergestellt (§ 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 LuftVG).

Durch das Änderungsvorhaben werden Rechte Anderer nicht beeinträchtigt (§ 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 LuftVG), insbesondere erfolgt kein Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinde Oberding.

Die Voraussetzungen des § 8 Abs. 2 LuftVG lagen somit vor.

In Ausübung pflichtgemäßer Ermessens hatte die Regierung von Oberbayern – Luftamt Südbayern – als Rechtsfolge zu entscheiden, ob der Antrag trotz Vorliegens der formellen Voraussetzungen für eine Plangenehmigung nicht im Wege eines Planfeststellungsverfahrens zu verbescheiden gewesen war.

C. Entscheidungsgründe


Diese Plangenehmigung beruht auf § 8 Abs. 1, 2 LuftVG.

1. Das Änderungsvorhaben ist nach den Zielsetzungen des LuftVG gerechtfertigt.

Die Lounge ist eine Passagierabfertigungseinrichtung und damit eine Flughafenanlage.

2. Das Änderungsvorhaben steht nicht im Widerspruch zu unüberwindbaren Planungsleitsätzen.

3. Das Änderungsvorhaben konnte nach Abwägung mit den von ihm berührten Belangen zugelassen werden.

a) Die Eignung ist gegeben.

Die DFS hat keine Einwände erhoben.

b) Das Vorhaben steht nicht im Widerspruch zu Belangen des Städtebaus.

Andererseits wird das Projekt architektonisch betreut und der Architekt des Terminals 2 bescheinigt dem Änderungsvorhaben eine positive Wirkung auf das Gesamtensemble des Terminals 2.

Das Terminal 2 ist neben seinen architektonischen Ansprüchen ein technischer Zweckbau und wird auch überwiegend als solcher wahrgenommen. Die Entscheidung, die Lounge an dieser Stelle zu errichten, mag städtebaulich kritisch gesehen werden. Letztlich können diese Bedenken jedoch dem Änderungsvorhaben nicht in maßgeblicher Weise entgegengehalten werden. Im Übrigen ist die Fernwirkung des Änderungsvorhabens begrenzt.

c) Das Änderungsvorhaben ist mit Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes vereinbar.

Das Landratsamt Erding hat der aktualisierten, qualifizierten Eingriffsbewertung der FMG zugestimmt.

d) Den grenzschutzpolizeilichen und luftsicherheitlichen Belangen wurde durch Aufnahme der geforderten Nebenbestimmungen und Hinweise Rechnung getragen.


Bei Abwägung aller von dem Änderungsvorhaben berührten Belange konnte dem Antrag der FMG mit Einschränkungen (Nebenbestimmungen) entsprochen werden.

D. Kosten

Das Verfahren ist kostenpflichtig. Kostenschuldnerin ist die FMG als Antragstellerin.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 1, 2, 5 Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) i. V. m. Nr. V 7a a) des Gebührenverzeichnisses hierzu.
E. Rechtsbehelfsbelehrung


Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von 6 Wochen nach Klageerhebung anzugeben. Das Gericht kann Erklärungen oder Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und der Kläger die Verspätung nicht genügend entschuldigt (§ 87b Abs. 3 Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO –).

Der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschnitte für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.


Ehinger
Oberregierungsrat